

Koordinierung und Weiterentwicklung des Runden Tisch für Zuwanderung und Integration, gegen Rassismus

Anlage 4 Projektbeschreibung

Ausgangslage

Der Runde Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit wurde 1993 auf Initiative der christlichen Kirchen, der Synagogengemeinde zu Magdeburg und des DGB-Landesverbandes Sachsen-Anhalt gegründet. Er setzte sich seither für die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten im gesellschaftlichen und politischen Diskurs ein. 2017 fusionierte er mit dem Bündnis für Zuwanderung und Integration (BZI) und erhielt den Namen „Runder Tisch für Zuwanderung und Integration, gegen Rassismus“. Die Schirmherrschaft liegt seit jeher beim bei der Landtagspräsidentin. Der Vorsitzende und die Mitglieder arbeiten ehrenamtlich, was oft Synergien, aber auch unregelmäßige Mitarbeit mit sich bringt. Durch seine formale Offenheit konnte der Runde Tisch flexibel auf Herausforderungen reagieren und blickt stolz auf seine fast 30-jährige Arbeit zurück. Seit 2022 führt Raimund Sternal, Generalvikar a.D. des Bistums Magdeburg, den Vorsitz und fördert die Vernetzung der Mitgliedsorganisationen im Austausch mit dem Sozial- und Innenministerium.

Von Beginn an fanden viele Sitzungen und Anhörungen vor Ort in den Landkreisen statt, um das Thema der Unterbringung von Geflüchteten hervorzuheben, Defizite zu benennen und Lösungen zu fördern. Der Runde Tisch versteht sich dabei als Dialogpartner zwischen Zivilgesellschaft, Behörden und Kommunen und reagiert auf akute Probleme von Geflüchteten. Seine Arbeit ist einzigartig in Sachsen-Anhalt als unabhängiges, zivilgesellschaftlich organisiertes Gremium im Bereich Zuwanderung und Integration.

Stand im Jahr 2023 noch die Steigerung des Bekanntheitsgrads des Runden Tisches in den Landkreisen Sachsen-Anhalts im Vordergrund, mit dem Ziel, neben dem repräsentativen Charakter auch die Beratungskompetenz der Mitglieder zu stärken, so lag der Schwerpunkt 2024 auf der Fortsetzung der vernetzten und thematisch auf die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen in einzelnen Landkreisen Sachsen-Anhalts fokussierten Arbeit. Im Jahr 2025 wird sich die Arbeit der Koordinierungsstelle weiterhin auf zentrale Herausforderungen im Bereich der Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen in Sachsen-Anhalt konzentrieren. Dabei steht weiterhin auch die Frage nach der optimalen Gestaltung von Unterbringungskonzepten – zentral oder dezentral – im Vordergrund. Diese Themen bleiben essenziell, um den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht zu werden und gleichzeitig die Akzeptanz und Integration in den aufnehmenden Kommunen zu fördern.

Gleichzeitig wird im Jahr 2025 ein im Jahre 2024 aufgenommener Arbeitsschwerpunkt – das Bemühen um eine Versachlichung der Migrationsdebatte – auch formal zu einem zentralen inhaltlichen Arbeitsschwerpunkt. Denn angesichts eines erstarkenden politischen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt, sieht der Runde Tisch eine strategische und öffentlichkeitswirksame Netzwerkarbeit weiterhin als unerlässlich an, deren Ziel es ist, die lokale und regionale Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren zu stärken, um eine breite Basis gegen diskriminierende und ausgrenzende Tendenzen zu schaffen und eine resilientere Zivilgesellschaft zu fördern. Dies steht im Einklang mit den Gründungszielen des Runden Tisches: der Förderung von Solidarität mit Migrantinnen und Migranten, geflüchteten

Menschen sowie dem Eintreten für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft in Sachsen-Anhalt, in der Menschen, die von rassistischer Gewalt betroffen sind, Schutz erfahren.

Projektbeschreibung

Der Projektantrag für die Koordinierungsstelle greift diese Schwerpunkte auf, um eine nachhaltige und wirkungsvolle Arbeit auch im kommenden Jahr zu gewährleisten. Eine Weiterführung der Koordinierungsstelle bleibt dabei zentral, um Kontinuität in der Arbeit zu gewährleisten und Raum für konzeptionelle Erweiterungen und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen. So kann der Runde Tisch weiterhin seine Rolle und Aufgabe als wichtiger gesellschaftlicher Akteur in Sachsen-Anhalt bestmöglich ausfüllen und wahrnehmen.

Die Koordinierungsstelle des Runden Tisches organisiert die laufenden Geschäfte des Gremiums. Sie ist dabei Kommunikationsstruktur zwischen Vorsitzendem, Vorstand und Mitgliedern und übernimmt im Wesentlichen die Vor- und Nachbereitung bzw. in Teilen die Ausführung der folgenden Arbeitsschwerpunkte:

1) Arbeit in den Landkreisen und Vernetzung

Durch das Format „Runder Tisch vor Ort“ (vormals „Anhörung“) kann die Expertise der Mitglieder des Runden Tisches lokale Strukturen unterstützen, Akteur*innen in Fachaustauschformaten zusammenbringen, regionale Bedingungen analysieren und best-practice-Methoden vermitteln. Hierzu ermittelt der Vorstand des Runden Tisches (nach Impuls/Anfrage lokaler oder kommunaler Akteure) Bedarfe und organisiert Gesprächsformate. Darin soll staatlichen und nicht-staatlichen Akteur*innen die Möglichkeit gegeben werden, ihre Sicht und ihr Wissen einzubinden und im Sinne einer sogenannten Prozesskette zu agieren und zu vernetzen.

Das im April diesen Jahres durchgeführte Format des „Runden Tisches vor Ort“ in Burg bei Magdeburg, bei dem zwei Bürger Unterbringungseinrichtungen für Asylsuchende und Menschen in Duldung besucht wurden, um im Anschluss gemeinsam mit Vertreter*innen der Stadt aus dem Bereich Integration, Mitarbeiter*innen der Einrichtungen in den Austausch über Fragen der zentralen bzw. Dezentralen Unterbringung Geflüchteter zu kommen, hat hierbei weitere wichtige Lernerfahrungen produziert, an die 2025 mit einer Fortsetzung dieses Veranstaltungsformats angeknüpft werden soll. Ziel ist und bleibt dabei auch weiterhin, eine noch höhere Beteiligung an den „Runden Tischen vor Ort“ und eine breitere Wirkung und Sichtbarkeit über den jeweiligen Landkreis hinaus.

Landkreise und kreisfreie Städte waren auch 2024 konstant gefordert, was die Betreuung und Integration Geflüchteter angeht. Auch deshalb, da zuständige Behörden oftmals nicht ausreichend in der Lage sind, Störungen wirksam abzufedern und den Überlastungen der im Vorfeld vorgesehenen Kapazitäten effektiv und im Sinne der Asylsuchenden zu begegnen, ist auch weiterhin Austausch und Vernetzung notwendig, um die Aufnahme- und Unterbringungsbedingungen in den Kommunen landesweit in den Fokus rücken – der Runde Tisch kann hierfür eine Plattform bieten. Nachdem in den vergangenen Jahren die Gesundheitsversorgung als ein zentraler Teilaspekt der Unterbringungssituation sowohl in Gesprächsformaten in Kommunen als auch auf landespolitischer Ebene bearbeitet und diskutiert wurde, soll 2025 ein verstärkter Fokus auf den Arbeitsmarktzugang Geflüchteter in

den Landkreisen Sachsen-Anhalts gelegt werden. In diesem Zusammenhang sollen auch sogenannte „verpflichtende Arbeitsmaßnahmen“, zu denen 2024 in einzelnen Landkreisen Geflüchtete herangezogen wurden, kritisch beleuchtet werden.

Auch 2025 sollen somit bei Bedarf, insbesondere bei Anfragen aus den Landkreisen, entsprechende „Runde Tische vor Ort“ oder ähnliche Formate durchgeführt werden. Geplant sind dabei weiterhin Besuche des Vorstandsvorsitzenden und der Koordinierungsstellenmitarbeiterin bei Landräten, um Bedingungen und Bedarfe auszuloten und direkte Kontakte zu knüpfen, die als Grundlage für weiterführende Gespräche dienen können.

2) Arbeit in und mit dem Landtag

Der Runde Tisch ist landesweit ein präsent es Gremium unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten Dr. Schellenberger. Regelmäßiger Austausch, aber auch kritische Diskussionsräume mit den migrations- und integrationspolitischen Sprecher*innen der demokratischen Landtagsparteien bleibt ein essentieller Schwerpunkt der Arbeit des Runden Tisches. Seine Mitgliedsorganisationen können bei Gesprächsformaten mit Landtagsabgeordneten ihre breite Expertise einbringen und themenspezifische Wirkmacht entfalten, die in den landes- (und bundes-) politischen Entscheidungen und Reformen relevant sein sollte. Die Kommunikation in den und die Zusammenarbeit mit dem Landtag soll daher beibehalten werden, um einen an Integration und Teilhabe orientierten Diskussionsprozess mit den demokratischen Parteien zu führen. Des Weiteren können bei Bedarf Stellungnahmen an zuständige Ministerien verfasst und versendet werden.

An kommunikative Formate, wie das Gespräch des Runden Tisches am 06.05.2024 mit Landtagsabgeordneten aus allen im Landtag vertretenen demokratischen Parteien (CDU, Die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD), soll auch 2025 angeknüpft werden, um einerseits konkrete Themen, die der Runde Tisch bearbeitet, zu platzieren und um gleichzeitig den generellen konstruktiven Austausch mit den politischen AkteurInnen des Bundeslandes zu fördern. Im Juni 2024 traf sich der Vorstand des Runden Tisches außerdem mit dem Schirmherren, Landtagspräsident Dr. Schellenberger zu einem Gespräch im Landtag, bei dem Dr. Schellenberger u.a. die Rolle des Runden Tisches bei der Versachlichung der Migrationsdebatte sowie die wachsende Akzeptanz seiner Ansätze in den Kommunen betonte. Ein solches Treffen ist auch im kommenden Jahr gewünscht und geplant, um sich fortlaufend über die Ziele, Möglichkeiten und aktuellen Bedarfe des Gremiums auszutauschen.

3) Vorstandsarbeit, Mitgliedsarbeit und Koordinierung

Der Vorstand des Gremiums tagt in regelmäßigen Abständen. Diese Sitzungen werden durch die Koordinierungsstelle organisiert, strukturiert und protokolliert. In den Sitzungen werden Formate in Landkreisen und kreisfreien Städten, Gespräche mit Politiker*innen u.ä. geplant. Hierbei bringen die Mitglieder des Runden Tisch eine Bandbreite an Expertise in diversen Themengebieten mit, die verstärkt in die Veranstaltungsformate einfließt. Auch im Jahr 2025 soll die Arbeit des Runden Tisches hierbei weiterhin entlang der Themenbereiche des Landesintegrationskonzepts strukturiert und ausgebaut werden.

Gleichzeitig soll weiterhin auf Vernetzung mit anderen Bündnissen und zivilgesellschaftlichen Trägern ein Augenmerk gelegt werden. Vorstandssitzungen sollen in verschiedenen Landkreisen stattfinden und Integrationskoordinator*innen für kurze Inputs eingeladen werden, um von Problemstellungen zu erfahren und im Direktformat diskutieren zu können. So können mit einer inhaltlichen Ausweitung des Runden Tisches Doppelstrukturen vermieden und Synergien zu bestimmten inhaltlichen Schwerpunkten geschaffen werden. Als Nebeneffekt dieses Arbeitsschrittes versprechen wir uns auch im kommenden Jahr die Gewinnung neuer und aktiver Mitglieder für unser Gremium.

4) Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Runden Tisches untermauert die inhaltliche Arbeit. Zusammenfassungen der Ergebnisse wichtiger Sitzungen, Veränderungen in der Vorstands- und Mitgliederkonstitution und inhaltliche Ausführungen (bspw. Ein regelmäßig an die Mitglieder versandter Newsletter, in dem über die aktuellen Schwerpunkte der Vorstandsarbeit informiert wird; Wahlprüfsteine) werden auf der Website und über die Mailingliste der Mitgliedsorganisationen publiziert. Ziel soll es auch weiterhin sein, über die „Runden Tische vor Ort“ hinaus die Präsenz des Runden Tisches in den Landkreisen zu erhöhen.

Hierfür ist auch weiterhin auf Netzwerkarbeit unter und mit den Mitgliedern zu setzen, hier u.a. regelmäßig stattfindende Gespräche zur Auslotung von Synergien zu ausgewählten Arbeitsschwerpunkten mit den im Gremium vertretenen freien Trägern (Diakonie, Caritas, Opferberatung, etc.). Der Runde Tisch als einziges zivilgesellschaftlich organisiertes und unabhängiges Gremium soll durch verstärkte öffentliche Stellungnahme (je nach Bedarf durch Pressemitteilungen oder Statements) und Verdeutlichung seiner Funktion bei Veranstaltungen zunehmend mehr Präsenz zeigen. Das Gremium ist themenbezogen zu bestimmten Inhalten sprechfähig und kann bei diversen Bedarfen angefragt werden. Zudem ist der Runde Tisch Mitglied im Landesintegrationsbeirat und wird dort durch den Vorstandsvorsitzenden vertreten.

Angesichts der aktuellen politischen Lage und der Landtagswahlergebnisse in Ostdeutschland hat der Runde Tisch 2024 über einen öffentlich zu unterzeichnenden Aufruf dazu aufgerufen, geflüchtete Menschen nicht zu stigmatisieren und eine Migrationsdebatte auf sachlicher und faktenbasierter Grundlage zu führen. In insgesamt zwei dazu veröffentlichten Pressemitteilungen hat der Vorstand des Gremiums dabei die Notwendigkeit eines faktenbasierten Diskurses betont. 2025 soll an den öffentlichkeitswirksamen Einsatz gegen die Marginalisierung geflüchteter Menschen angeknüpft werden. Im Vorstand werden dabei bereits verschiedene Formate diskutiert, in denen das Gremium sich innerhalb der eigenen Mitgliederstruktur und koordiniert darüber hinaus gegen Fremdenfeindlichkeit und für ein solidarisches Miteinander einsetzen und wirksam aussprechen kann.

Ziele und Indikatoren

Die Projektziele erfüllen insbesondere die Förderziele des Projektbereiches „Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus“.

Daneben soll der Integration von Zugewanderten ein verstärktes Augenmerk gelten, etwa mit Blick auf die Arbeit der einschlägig tätigen Behörden sowie auf die Bildungs-Chancen – besonders der Erwachsenen.

Förderziele

- Überwindung von Vorurteilen gegenüber Migrant*innen und Geflüchteten
- Sensibilisierung für die Lebenssituation von Migrant*innen und ihren Organisationen
- Sensibilisierung für Fremdenfeindlichkeit im Alltag
- Zurückdrängen von Diskriminierungen im gesellschaftlichen Alltag

Arbeitsschwerpunkte	Indikatoren	Anzahl
Arbeit in den Landkreisen	Runde Tische vor Ort oder Beratungen in den Landkreisen	2
	Gespräche mit staatlichen und nicht-staatlichen Akteur*innen mit dem Ziel der Einbindung in die Anhörungen / "Runde Tische vor Ort"	2
	Vor- und Nachbereitung von Anhörungen / Runden Tischen vor Ort	2
Arbeit im und mit dem Landtag	Gespräche und Treffen mit migrationspolitischen Sprecher*innen	1
	Gespräche und Treffen mit weiteren Vertreter*innen der Fraktionen im Landtag	1
Vorstandsarbeit, Mitgliedsarbeit und Koordinierung	Vor- und Nachbereitung von Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen	10
	Gespräche zur Auslotung von Synergien zu ausgewählten Arbeitsschwerpunkten mit freien Trägern	4
	Gespräche mit Mitgliedern zu Wünschen und Verstetigung der Arbeit des Runden Tisches	4
Öffentlichkeitsarbeit	Teilnahme und Beteiligung an Veranstaltungen in ST, insbesondere von Mitgliedern	5
	Öffentlichkeitswirksame Aufrufe und/oder Pressemitteilungen, in denen aktuelle Kerninhalte der Arbeit des RT nach Außen transportiert werden	2
	Mitgliedschaft im Landesintegrationsbeirat	Nach Bedarf
	Präsentation des RT	Nach Bedarf